

Mehr Bürgerbeteiligung ermöglichen

die FDP - Fraktion stellte den Antrag auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung

Egal, ob die Bürger unzufrieden mit der lokalen Parkplatzsituation, dem offiziellen Schulweg oder eigene Vorschläge zur Verwaltung haben:

Petitionen sind eine einfache und effektive Möglichkeit, um seine Stimme zu erheben und Einfluss auf die Politik zu nehmen. Startet man eine bundes- oder landesweite Petition, wird diese i.d.R. online in den jeweiligen Petitionsausschuss eingereicht. Doch was geschieht eigentlich auf Kommunalebene? Wer ist hier zuständig?

In Kommunen und Landkreisen gibt es keine Petitionsausschüsse. Oft werden Anliegen zwar direkt an den Landkreis oder Magistrat gerichtet, jedoch gibt es kaum Möglichkeiten, diese Anliegen online einzureichen. Wird als Ersatz der nächsthöhere Petitionsausschuss, nämlich der des Landtages adressiert, dauert nicht nur die Verwaltung länger, auch der Dialog zwischen Bürgerinnen, Bürgern und der Politik wird verlagert.

Viele Petitionen befassen sich mit der Lokalpolitik. Damit diese Beteiligungen wirklich wahrgenommen wird und Anliegen behandelt werden, hat die Petitionsplattform opernPetition das sogenannte open Demokratie-Tool (opTo) entworfen. Diese Software ermöglicht es Kommunen, Petitionen direkt auf ihrer Webseite zu starten und bei Erreichen des Quorums eine Stellungnahme des Bürgermeisters einzufordern. So können Anliegen der Bürgerinnen und Bürger direkt an die jeweiligen Repräsentanten übermittelt werden. Der Umweg über den Landtag wird vermieden, die Petition kommt jedoch trotzdem auf fortschrittlichem Weg bei den Entscheidungstragenden an.

Daher fordert die FDP- Grebenstein, eine Änderung der Geschäftsordnung der Stadt Grebenstein dahingehend vorzubereiten, dass eine Behandlung der eingegangenen Petitionen ermöglicht wird.

: